



Behördenverordnung * (BehV)

vom 15. Juni 1998 (Stand 1. Januar 2020)

Der Grosse Rat des Kantons Appenzell I. Rh.,

gestützt auf Art. 29 der Kantonsverfassung vom 24. Wintermonat 1872, *

beschliesst:

Art. 1 Begriff und Geltungsbereich

¹ Diese Verordnung regelt die Rechte und Pflichten der kantonalen Behördenmitglieder.

² Als solche gelten die Mitglieder der Standeskommission, des Grossen Rates, der Gerichte, ständiger und nicht ständiger kantonalen Kommissionen sowie die Vermittler.

³ Vorbehalten bleiben eingehendere Bestimmungen über die Behördenmitglieder in Spezialerlassen.

Art. 2 Amtserfüllung

¹ Die Behördenmitglieder haben ihre amtlichen Obliegenheiten getreu und gewissenhaft zu erfüllen. Sie haben alles zu tun, was die Interessen des Kantons fördert, und alles zu unterlassen, was sie beeinträchtigt.

Art. 3 Amtsgeheimnis

¹ Die Behördenmitglieder sind zur Verschwiegenheit über die amtlichen Angelegenheiten, die ihrer Natur nach geheim zu halten sind, verpflichtet.

² Die Pflicht zur Verschwiegenheit bleibt nach dem Ausscheiden aus dem Amt bestehen.

³ Amtliches Material ist, soweit es nicht dem Nachfolger zur Weiterführung des Amtes zu überlassen ist, der Behörde oder der verantwortlichen Stelle zurückzugeben oder auf deren Anweisung zu vernichten. *

Art. 4 Verbot der Annahme von Geschenken

¹ Den Behördenmitgliedern ist es untersagt, für Amtshandlungen Geschenke oder andere Vorteile für sich oder andere zu fordern, anzunehmen oder sich versprechen zu lassen.

Art. 5 Vermögensrechtliche Verantwortlichkeit

¹ Der Kanton haftet für Schäden, die durch widerrechtliche, in Ausübung der amtlichen Tätigkeit vorgenommene Handlungen oder Unterlassungen der Behördenmitglieder entstanden sind.

² Für vorsätzlich oder grobfahrlässig dem Gemeinwesen zugefügten Schaden haften Behördenmitglieder zivilrechtlich nach den Bestimmungen des Obligationenrechts.

Art. 6 * Entschädigung

¹ Die nachfolgend aufgeführten Behördenmitglieder beziehen folgende feste Entschädigungen:

- | | | |
|------|--|----------------|
| 1. * | Der Standeskommission: | |
| | a) * Mitglieder der Standeskommission | Fr. 145'000.-- |
| | b) * Zulage regierender Landammann ¹⁾ | Fr. 25'000.-- |
| | c) * Zulage stillstehender Landammann | Fr. 10'000.-- |
| 2. * | Übrige Behördenmitglieder: | |
| | a) * Kantonsgerichtspräsident | Fr. 60'000.-- |
| | b) * Grossratspräsident | Fr. 3'100.-- |
| | c) * Präsident Erbschaftsbehörde innerer Landesteil | Fr. 1'600.-- |
| | d) * Präsident Erbschaftsbehörde äusserer Landesteil | Fr. 550.-- |
| | e) * Präsident Fachkommission Heimatschutz | Fr. 5'300.-- |
| | f) * Mitglieder Fachkommission Heimatschutz | Fr. 1'200.-- |

² ... *

³ Beginnt oder endet das Amt ausserhalb der üblichen Amtsperiode, wird die Entschädigung pro rata ausbezahlt. *

¹⁾Die Verwendung männlicher Bezeichnungen gilt sinngemäss für beide Geschlechter.

Art. 6a * Weitere Leistungen für Standeskommission *

¹ Die Mitglieder der Standeskommission erhalten keine Sitzungsgelder. *

² Die Mitglieder der Standeskommission erhalten für Spesen im Zusammenhang mit amtlichen Tätigkeiten innerhalb der Kantone Appenzell I.Rh., Appenzell A.Rh. und St.Gallen eine pauschale Entschädigung pro Jahr von Fr. 5'000.--. Mitglieder aus Oberegg erhalten zusätzlich Fr. 5'000.--. Der regierende Landammann erhält überdies Fr. 1'000.--. Für amtliche Tätigkeiten ausserhalb des genannten Gebiets werden Spesen separat abgerechnet. *

³ Entschädigungen und Sitzungsgelder aus funktionsbezogenen Mandaten gehen an die Staatskasse. *

⁴ Stirbt ein Standeskommissionsmitglied im Amt, besteht ein Anspruch auf Lohnfortzahlung gemäss Personalrecht des Staatspersonals. Als Monatslohn gilt ein Zwölftel der Jahresentschädigung, im Falle eines Landammanns unter Einschluss seiner Zulage. *

Art. 7 * Austrittsentschädigung Standeskommission

¹ Austretenden Mitgliedern der Standeskommission wird eine jährliche Austrittsentschädigung von höchstens der Hälfte der zuletzt bezogenen Entschädigung als Mitglied der Standeskommission – ohne Pauschalen, Zulagen, Verwaltungsrathonorare und dergleichen – ausgerichtet. Der Anspruch ist auf die Anzahl Jahre der Zugehörigkeit zur Standeskommission, längstens aber bis zur Erreichung des AHV-Alters, begrenzt. *

² Sofern das gesamte jährliche Brutto-Erwerbseinkommen nach dem Austritt aus der Standeskommission inklusive Einkünften aus Wertschriften, Liegenschaften, Sozialversicherungen, sonstigen Leistungen und obiger Austrittsentschädigung den Betrag von Fr. 145'000.-- übersteigt, wird die Austrittsentschädigung um den übersteigenden Betrag gekürzt. *

³ Die Ausrichtung ist an folgende Bedingungen geknüpft:

1. Der Anspruch entsteht frühestens nach acht vollen Amtsjahren als Mitglied der Standeskommission bis zum Rücktritt und sofern im Rücktrittsjahr mindestens das 50. Altersjahr erreicht wird.
2. * Das zurücktretende Mitglied der Standeskommission hat Antrag zu stellen. Die Einstufung erfolgt durch den Säckelmeister bzw. für den Säckelmeister durch den regierenden Landammann.

⁴ Die Auszahlung erfolgt in zwölf gleichen Monatsbeträgen.

Art. 8 * Grosser Rat und kantonale Kommissionen *

¹ Mitglieder des Grossen Rates und der kantonalen Kommissionen erhalten für amtliche Tätigkeiten wie Sitzungen, Besprechungen, Delegationen und Bereisungen ein Sitzungsgeld von Fr. 100.-- für den halben und Fr. 200.-- für den ganzen Tag. *

² Das Präsidium erhält einen Zuschlag von Fr. 20.-- für jeden Halbtage, die Präsidien der vorberatenden Kommissionen und der Staatswirtschaftlichen Kommission des Grossen Rates erhalten einen solchen von Fr. 100.--. *

³ Für das Verfassen eines Amtsberichts erhält das verantwortliche Mitglied der Staatswirtschaftlichen Kommission eine Entschädigung von Fr. 100.--. *

⁴ Besondere Beanspruchung von Behördemitgliedern (wie Gutachtertätigkeit, Erstellung von gesetzgeberischen Entwürfen usw.) wird nach Massgabe der aufgewendeten Zeit angemessen entschädigt. Diesbezügliche Rechnungen sind vom Säckelmeister zu visieren. Ist der Rechnungssteller der Säckelmeister selbst, obliegt das Visumsrecht dem regierenden Landammann.

Art. 8a * Gerichte

¹ Mitglieder der Gerichte haben Anspruch auf Sitzungsgelder von Fr. 100.-- für jeden Halbtage und von Fr. 200.-- für den ganzen Tag, einen Präsidialzuschlag von Fr. 20.-- pro Halbtage sowie auf besondere Entschädigungen nach Art. 8 Abs. 4.

² Die Mitglieder der Gerichte beziehen für das Aktenstudium Fr. 100.-- pro Fall.

³ Die Gerichte legen für den Referenten eine zusätzliche Entschädigung fest und können in besonders aufwendigen Gerichtsfällen die Entschädigung für das Aktenstudium angemessen erhöhen.

⁴ Der Kantonsgerichtspräsident erhält keine Sitzungsgelder, keine Präsidialzuschläge und keine Entschädigung für das Aktenstudium.

⁵ Stirbt der Kantonsgerichtspräsident im Amt, besteht ein Anspruch auf Lohnfortzahlung gemäss Personalrecht des Staatspersonals. Als Monatslohn gilt ein Zwölftel der Jahresentschädigung.

Art. 9 * Ergänzende Regelungen

¹ Weitere Entschädigungen werden durch die Standeskommission geregelt.

² Sie kann für Kommission, für die sie Wahlorgan ist, die Entschädigungen näher regeln. *

Art. 10 * Inkrafttreten

¹ Dieser Beschluss tritt nach Annahme durch den Grossen Rat in Kraft.

Änderungstabelle – Nach Beschluss

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	cGS Publikation
15.06.1998	15.06.1998	Erllass	Erstfassung	-
23.06.2003	23.06.2003	Ingress	geändert	-
23.06.2003	23.06.2003	Art. 6	geändert	-
23.06.2003	01.01.2009	Art. 8	geändert	-
25.10.2004	01.01.2005	Art. 6	geändert	-
25.10.2004	01.01.2005	Art. 7	eingefügt	-
20.10.2008	01.01.2009	Art. 6	geändert	-
20.10.2008	01.01.2009	Art. 7	geändert	-
20.10.2008	01.01.2009	Art. 8	geändert	-
20.10.2008	01.01.2009	Art. 9	geändert	-
20.10.2008	01.01.2009	Art. 10	geändert	-
05.12.2011	01.01.2012	Art. 6	geändert	-
05.12.2011	01.01.2012	Art. 8 Abs. 3	geändert	-
22.10.2012	22.10.2012	Art. 6 Abs. 1, 2.	geändert	-
22.10.2012	01.01.2013	Art. 9 Abs. 2	eingefügt	-
03.12.2012	01.01.2013	Art. 3 Abs. 3	eingefügt	-
03.12.2012	01.01.2013	Art. 6 Abs. 1, 1.	geändert	-
03.12.2012	03.12.2012	Art. 6a	eingefügt	-
03.12.2012	01.01.2013	Art. 7 Abs. 1	geändert	-
03.12.2012	01.01.2013	Art. 8 Abs. 1	geändert	-
24.06.2013	01.01.2014	Art. 6 Abs. 2	aufgehoben	-
02.12.2013	01.01.2014	Art. 6 Abs. 1, 2.	geändert	-
02.12.2013	01.01.2014	Art. 8 Abs. 1	geändert	-
01.12.2014	01.12.2014	Ingress	geändert	-
02.12.2019	01.01.2020	Erlasstitel	geändert	2019-45
02.12.2019	01.01.2020	Art. 6 Abs. 1, 1., a)	geändert	2019-45
02.12.2019	01.01.2020	Art. 6 Abs. 1, 1., b)	geändert	2019-45
02.12.2019	01.01.2020	Art. 6 Abs. 1, 1., c)	eingefügt	2019-45
02.12.2019	01.01.2020	Art. 6 Abs. 1, 2., a)	geändert	2019-45
02.12.2019	01.01.2020	Art. 6 Abs. 1, 2., b)	geändert	2019-45
02.12.2019	01.01.2020	Art. 6 Abs. 1, 2., c)	geändert	2019-45

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	cGS Publikation
02.12.2019	01.01.2020	Art. 6 Abs. 1, 2., d)	geändert	2019-45
02.12.2019	01.01.2020	Art. 6 Abs. 1, 2., e)	geändert	2019-45
02.12.2019	01.01.2020	Art. 6 Abs. 1, 2., f)	geändert	2019-45
02.12.2019	01.01.2020	Art. 6 Abs. 3	eingefügt	2019-45
02.12.2019	01.01.2020	Art. 6a	Titel geändert	2019-45
02.12.2019	01.01.2020	Art. 6a Abs. 1	geändert	2019-45
02.12.2019	01.01.2020	Art. 6a Abs. 2	geändert	2019-45
02.12.2019	01.01.2020	Art. 6a Abs. 3	geändert	2019-45
02.12.2019	01.01.2020	Art. 6a Abs. 4	geändert	2019-45
02.12.2019	01.01.2020	Art. 7 Abs. 2	geändert	2019-45
02.12.2019	01.01.2020	Art. 7 Abs. 3, 2.	geändert	2019-45
02.12.2019	01.01.2020	Art. 8	Titel geändert	2019-45
02.12.2019	01.01.2020	Art. 8 Abs. 1	geändert	2019-45
02.12.2019	01.01.2020	Art. 8 Abs. 2	geändert	2019-45
02.12.2019	01.01.2020	Art. 8 Abs. 3	geändert	2019-45
02.12.2019	01.01.2020	Art. 8a	eingefügt	2019-45

Änderungstabelle – Nach Artikel

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	cGS Publikation
Erlass	15.06.1998	15.06.1998	Erstfassung	-
Erlasstitel	02.12.2019	01.01.2020	geändert	2019-45
Ingress	23.06.2003	23.06.2003	geändert	-
Ingress	01.12.2014	01.12.2014	geändert	-
Art. 3 Abs. 3	03.12.2012	01.01.2013	eingefügt	-
Art. 6	23.06.2003	23.06.2003	geändert	-
Art. 6	25.10.2004	01.01.2005	geändert	-
Art. 6	20.10.2008	01.01.2009	geändert	-
Art. 6	05.12.2011	01.01.2012	geändert	-
Art. 6 Abs. 1, 1.	03.12.2012	01.01.2013	geändert	-
Art. 6 Abs. 1, 1., a)	02.12.2019	01.01.2020	geändert	2019-45
Art. 6 Abs. 1, 1., b)	02.12.2019	01.01.2020	geändert	2019-45
Art. 6 Abs. 1, 1., c)	02.12.2019	01.01.2020	eingefügt	2019-45
Art. 6 Abs. 1, 2.	22.10.2012	22.10.2012	geändert	-
Art. 6 Abs. 1, 2.	02.12.2013	01.01.2014	geändert	-
Art. 6 Abs. 1, 2., a)	02.12.2019	01.01.2020	geändert	2019-45
Art. 6 Abs. 1, 2., b)	02.12.2019	01.01.2020	geändert	2019-45
Art. 6 Abs. 1, 2., c)	02.12.2019	01.01.2020	geändert	2019-45
Art. 6 Abs. 1, 2., d)	02.12.2019	01.01.2020	geändert	2019-45
Art. 6 Abs. 1, 2., e)	02.12.2019	01.01.2020	geändert	2019-45
Art. 6 Abs. 1, 2., f)	02.12.2019	01.01.2020	geändert	2019-45
Art. 6 Abs. 2	24.06.2013	01.01.2014	aufgehoben	-
Art. 6 Abs. 3	02.12.2019	01.01.2020	eingefügt	2019-45
Art. 6a	03.12.2012	03.12.2012	eingefügt	-
Art. 6a	02.12.2019	01.01.2020	Titel geändert	2019-45
Art. 6a Abs. 1	02.12.2019	01.01.2020	geändert	2019-45
Art. 6a Abs. 2	02.12.2019	01.01.2020	geändert	2019-45
Art. 6a Abs. 3	02.12.2019	01.01.2020	geändert	2019-45
Art. 6a Abs. 4	02.12.2019	01.01.2020	geändert	2019-45
Art. 7	25.10.2004	01.01.2005	eingefügt	-
Art. 7	20.10.2008	01.01.2009	geändert	-

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	cGS Publikation
Art. 7 Abs. 1	03.12.2012	01.01.2013	geändert	-
Art. 7 Abs. 2	02.12.2019	01.01.2020	geändert	2019-45
Art. 7 Abs. 3, 2.	02.12.2019	01.01.2020	geändert	2019-45
Art. 8	23.06.2003	01.01.2009	geändert	-
Art. 8	20.10.2008	01.01.2009	geändert	-
Art. 8	02.12.2019	01.01.2020	Titel geändert	2019-45
Art. 8 Abs. 1	03.12.2012	01.01.2013	geändert	-
Art. 8 Abs. 1	02.12.2013	01.01.2014	geändert	-
Art. 8 Abs. 1	02.12.2019	01.01.2020	geändert	2019-45
Art. 8 Abs. 2	02.12.2019	01.01.2020	geändert	2019-45
Art. 8 Abs. 3	05.12.2011	01.01.2012	geändert	-
Art. 8 Abs. 3	02.12.2019	01.01.2020	geändert	2019-45
Art. 8a	02.12.2019	01.01.2020	eingefügt	2019-45
Art. 9	20.10.2008	01.01.2009	geändert	-
Art. 9 Abs. 2	22.10.2012	01.01.2013	eingefügt	-
Art. 10	20.10.2008	01.01.2009	geändert	-